

Betreff: SPD und ihre Mitschuld am Überfall auf Afrin
Datum: Sun, 26 Aug 2018 09:19:41 +0200
Von: carlox <carlox@web.de>
An: wahlkreis@nils-schmid.de

Hallo Herr Schmid,
auf Ihrer Website, habe ich Folgendes gelesen:
"Ich will, dass es gerecht zugeht. Deshalb bin ich Politiker geworden."

...

"Das Eigene wertschätzen, das Andere respektieren: Daraus entsteht das Besondere für mich."

...

"Wir leben in einer wundervollen Heimat"

Ihnen ist sicher bekannt, dass der türkische Staat seit dem 20. Januar 2018 mit Hilfe islamistischer Terrorbanden (die in Europa und auch in Deutschland Massaker veranstalten), einen Angriffskrieg gegen Afrin führt und "SPD-Genosse" Gabriel durch Waffenlieferungen diesen Krieg mitorganisiert und damit mitverantwortlich für die vielen Toten ist.

<Zitatbeginn>

<http://www.tagesschau.de/ausland/afrin-ruestungsexporte-101.html>

Insgesamt genehmigte die Bundesregierung seit dem 20. Januar 2018, dem Beginn der türkischen Militäroffensive "Olivenzweig" gegen kurdische Milizen in der nordwestsyrischen Region Afrin, neue Rüstungslieferungen in Höhe von knapp 4,4 Millionen Euro. Im Zeitraum direkt davor - vom 18. Dezember 2017 bis zum 24. Januar 2018 - betrug der Genehmigungswert fast zehn Millionen Euro.

<Zitatende>

<Zitatbeginn>

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/tuerkei-waffenlieferung-deutschland-nato-partner>

Der am Mittwoch (d.h. 14.3.18) ausgeschiedene Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) hatte noch im Februar versichert, dass seit Beginn der Operation Olivenzweig ein kompletter Exportstopp für die Türkei gelte. "Wir haben keinerlei Rüstungsgüter geliefert wegen der Auseinandersetzung im Norden Syriens. Das ist in Deutschland verboten, selbst einem Nato-Partner wie der Türkei Rüstungsgüter zu liefern", sagte er in den ARD-tagesthemen am 16. Februar, dem Tag der Freilassung des Journalisten Deniz Yücel aus türkischer Haft.

Im Januar hatte Gabriel bereits erklärt, die damals geschäftsführende Bundesregierung werde wegen der Offensive in Syrien keine neuen Entscheidungen über Rüstungsexporte in die Türkei mehr fällen, sondern dies dem neuen Kabinett überlassen. Kurz nach Yücel's Freilassung wurden allerdings Berichte bekannt, denen zufolge offenbar in den Wochen zuvor zahlreiche Genehmigungen erteilt worden waren. Die Berichte bezogen sich auf den Zeitraum vom 18. Dezember 2017 bis zum 24. Januar 2018.

<Zitatende>

1)

In ihren Sonntagsreden bezieht sich die SPD gerne auf ihr Grundsatzprogramm.
Zitate daraus:

"Wir erstreben eine friedliche und gerechte Weltordnung."

...

"Wo sie Regierungsverantwortung trug, diente sie dem Frieden. Wir sind stolz darauf, niemals Krieg, Unterdrückung oder Gewaltherrschaft über unser Volk gebracht zu haben."

Aber über andere Völker hat die SPD-Führung Krieg, Unterdrückung oder Gewaltherrschaft gebracht:

Gehört der Waffenexport an die Türkei und damit die indirekte Teilnahme an dem Angriffskrieg gegen Afrin auch zum Streben nach einer "friedlichen und gerechten Weltordnung." und zum "das Andere respektieren"?

Ist es nicht scheinheilig, einer Partei anzugehören, die angeblich dem "Frieden dient" und gleichzeitig durch ihre Waffenexporte Menschen tötet?

Falls Sie (Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion) das Verhalten von "Genosse" Gabriel nicht akzeptiert (Sie wollen doch, dass es "gerecht zugeht" und auch sicherlich, dass nicht nur Sie "in einer wundervollen Heimat leben") haben bzw. akzeptieren werden, interessiert mich die Form Ihres (vergangenen / zukünftigen) Widerstands gegen das menschenverachtende Verhalten Gabriels ? Haben Sie Leserbriefe in Ihrer Tageszeitung veröffentlicht oder haben Sie anderweitig Ihren Widerstand organisiert bzw. dokumentiert.

Werden Sie dies auf Ihrer Website dokumentieren?

2)

Warum unterstützt die "für den Fortschritt" kämpfende SPD nicht das emanzipatorische Projekt in Rojava (in dem versucht wird, "alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist"), sondern organisiert mit Hilfe des türkischen Staates dessen Zerstörung ?

(u.a. Bombardierung von Krankenhäusern und Flüchtlingen in Afrin)

Warum füttert die SPD-Spitze den Terrorpaten Erdogan mit Geld und Waffen, die u.a. dazu verwendet werden, die zu töten, die am Mutigsten gegen die Halsabschneider der IS-Terroristen kämpfen, die von Erdogans "Grenzschützern" nach Europa durchgeschleust werden, damit sie dort Massaker (wie auf dem Berliner Weihnachtsmarkt) verüben können ?

Warum macht sich die SPD mitschuldig an diesen Attentaten?

3)

Warum wollen Sie - angesichts dieser o.g. Tatsachen - weiter Mitglied dieser Partei sein?

4)

Diese Fragen sollen dazu dienen, mit SPD-Mitgliedern einen Diskurs zu eröffnen, damit sie sich gegen diese Vorwürfe wehren können.

Dieser Diskurs soll für alle Interessierten transparent gemacht werden.

Deshalb soll dieser im Internet veröffentlicht werden.

Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihrer Antwort innerhalb dieses Diskurses zu ?

mfg

Karl-Heinz Barner

Nürtingen



Dr. Nils Schmid

Mitglied des Deutschen
Bundestages Außenpolitischer
Sprecher der SPD
Bundestagsfraktion
Minister a.D.

Dr. Nils Schmid, MdB, Platz der Republik 1, 11011
Berlin

Herrn
Karl-Heinz Barner

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-78310
Fax: +49 30 227-70308
nils.schmid@bundestag.de

Wahlkreis
Bahnhofstraße 8
72622 Nürtingen
Telefon: +49 7022 21 19 20
Fax: +49 7022 21 10 83
nils.schmid.wk@bundestag.de

Berlin, 30.08.2018

Sehr geehrter Herr Barner,

danke für Ihre Nachricht.

Der Einmarsch bzw. die Militäroperation der Türkei im Norden Syriens rund um Afrin ist völkerrechtswidrig. Das habe ich auch so deutlich in meiner Bundestagsrede vom Donnerstag, den 15. März 2018, gesagt. Ein Video dieser Rede finden Sie unter diesem [Link](#). Empfehlen kann ich dazu auch noch eine Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages, der sich genau mit dieser Thematik beschäftigt. [Hier](#) der Link zum Dokument.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass die von Ihnen vorgeschlagene Veröffentlichung im Internet nicht nötig ist. Es gibt bereits sehr vielfältige und bewährte Formate zum Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis sowie mit den Mitgliedern der SPD - diese reichen von Bürgeranfragen über öffentliche Diskussionsrunden bis zu einer großen Bandbreite an verschiedenen SPD- Veranstaltungen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Nils Schmid

Betreff: Re: SPD und ihre Mitschuld am Überfall auf Afrin
Datum: Tue, 4 Sep 2018 21:47:14 +0200
Von: carlox <carlox@web.de>
An: Korbinian Bauer | Dr. Nils Schmid, MdB <nils.schmid.ma06@bundestag.de>

Sehr geehrter Herr Schmid,
vielen Dank für Ihre email.

1)

Es freut mich, dass Sie den Einmarsch bzw. die Militäroperation der Türkei im Norden Syriens rund um Afrin für völkerrechtswidrig einschätzen.

Allerdings ist mir nicht klar, ob Sie damit Ihren Widerstand gegen das Verhalten von "Genosse" Gabriel dokumentieren wollen.

Oder wie haben Sie Ihren Widerstand gegenüber "Genosse" Gabriel zum Ausdruck gebracht ?

2)

Leider wurden die Fragen meiner letzten email nicht beantwortet.

Können Sie dies bitte nachholen?

3)

Im Anhang befindet sich die Anklageschrift:

"Strafanzeige gegen Recep Tayip Erdogan u.a. nach dem Völkerstrafgesetzbuch wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit".

Dort werden konkret die Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Türkei beschrieben.

Warum haben Sie diese Anklageschrift nicht - wie andere MdBs - auch unterschrieben ?

Warum haben Sie nicht darauf eingewirkt, dass die SPD-MdBs auch unterschreiben ?

Warum wollen Sie - als Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion - dieser Anklageschrift nicht unterstützen ?

4)

Ein Hilfskonvoi mit humanitärer Hilfe (für Afrin) wurde von türkischem Militär beschossen, der Fahrer getötet und mehrere Helfer verletzt.

Dr. Bashrawi Ali, der für "Armut und Gesundheit e.V." im Einsatz war, blieb unverletzt.

Ist Ihnen dieser Vorgang bekannt und wie reagieren bzw. wie gedenken Sie darauf zu reagieren ?

mfg
Karl-Heinz Barner
Nürtingen

Sehr geehrter Herr Barner,
bitte finden Sie anbei die Antwort von Herrn Nils Schmid, MdB.

Mit freundliche Grüßen

Korbinian Bauer
Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Büro Dr. Nils Schmid, MdB
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-78309
Fax: +49 30 227-70308
nils.schmid.ma06@bundestag.de
<https://nils-schmid.spd.de/>

Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten können Sie unserer
Datenschutzerklärung (<https://nils-schmid.spd.de/footer-navigation/datenschutz/>)
entnehmen

Sehr geehrter Herr Barner,

danke für Ihre Nachricht.

Lassen Sie mich gleich zu Beginn darauf hinweisen, dass ich viele Ihrer Vorwürfe
gegenüber der SPD, die Sie in Ihren beiden Nachrichten an mich zumeist in Fragen
verpacken, und auch viele Ihrer geäußerten Vorannahmen nicht teile. Trotzdem
möchte ich auf einige Punkte näher eingehen, die mir wichtig sind:

Im Lauf der vergangenen Monate habe ich immer wieder die schlechte
Menschenrechtslage sowie den Mangel an Rechtsstaatlichkeit in der Türkei
angesprochen. Außerdem, und darauf habe ich in meiner letzten Nachricht an Sie
bereits verwiesen, habe ich auch öffentlich den völkerrechtswidrigen Einmarsch der
Türkei im Norden Syriens rund um Afrin verurteilt.

Als Abgeordneter des Deutschen Bundestages ist es nicht meine Rolle,
Strafanzeigen gegen die Staatsoberhäupter anderer Länder zu unterzeichnen. An
dieser Stelle auch der Hinweis, dass die von Ihnen beigefügte Anzeige auf den
26.06.2016 datiert ist, also aus einer Zeit stammt, in der ich noch kein Abgeordneter
des Deutschen Bundestages war.

Seit einigen Jahren gibt es die traurige Entwicklung, dass vermehrt diejenigen die
Zielscheibe von Gewalt werden, die unter schwersten Bedingungen notleidenden
Menschen Hilfe leisten. Solche Taten lassen sich leider in vielen bewaffneten
Konflikten - von Syrien über Jemen bis nach Mali - wiederfinden. Der von Ihnen
erwähnte Angriff ist mir persönlich nicht bekannt. Für mich ist allerdings klar, wer
Helfer gezielt angreift, verletzt das Humanitäre Völkerrecht - und eine solche
Verletzung gilt es zu verurteilen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Nils Schmid

Betreff: Antwort von Nils Schmid, MdB
Datum: Sat, 27 Oct 2018 10:18:48 +0200
Von: carlox <carlox@web.de>
An: Korbinian Bauer | Dr. Nils Schmid, MdB <nils.schmid.ma06@bundestag.de>

Sehr geehrter Herr Schmid,
danke für Ihre Nachricht.

1)

>

>Lassen Sie mich gleich zu Beginn darauf hinweisen,
>dass ich viele Ihrer Vorwürfe gegenüber der SPD,
>die Sie in Ihren beiden Nachrichten an mich zumeist
>in Fragen verpacken, und auch viele Ihrer geäußelter
>Vorannahmen nicht teile.

>

Für einen Diskurs wäre es sinnvoll, wenn Sie die "Vorannahmen" konkret benennen und auf alle - in meinen emails - an Sie gerichteten Fragen eingehen würden.

2)

>

>Trotzdem möchte ich auf einige Punkte näher eingehen, die mir
>wichtig sind:
>Im Lauf der vergangenen Monate habe ich immer wieder die schlechte
>Menschenrechtsslage sowie den Mangel an Rechtsstaatlichkeit in
>der Türkei angesprochen.
>Außerdem, und darauf habe ich in meiner letzten Nachricht an Sie
>bereits verwiesen, habe ich auch öffentlich den
>völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei im Norden
>Syriens rund um Afrin verurteilt.

>

Ich bringe es nicht in Einklang, dass einerseits mit Hilfe des SPD-Politikers Gabriel Waffen an die Türkei geliefert werden und Sie gleichzeitig den Einmarsch in die Türkei verurteilen. Für mich stellt dies ein Widerspruch dar und daher würde mich interessieren, ob das bei Ihnen nicht auch so ist und wenn ja, ob und wie Sie damit umgehen wollen.

3)

Wenn Sie genau wissen wollen, was die Taten des Ex-Aussenministers S. Gabriel alles in Nordsyrien angerichtet haben, können Sie von dem Arzt Dr. Michael Wilk erfahren:

<https://www.linksnet.de/artikel/47478>

siehe auch Anhang

Dieser kümmert sich - im Gegensatz zur SPD-Führung - auf eigene Kosten und ohne Lohn um diejenigen, die durch die Unterstützung Ihres Parteifreundes Gabriel bei der Umsetzung (des SPD-Ziels) der "friedlichen und gerechten Weltordnung" getötet, schwer verletzt und traumatisiert wurden.

Zitat Dr. Michael Wilk (siehe Anhang bzw. o.g. Link)

"Weder die internationale Staatengemeinschaft, noch die EU, ganz zu schweigen von der Bundesregierung, zeigten nennenswerte Reaktionen (auf die zivilen Opfer). Zeitgleich erfolgten Waffenlieferungen an den Nato-partner Türkei, wurden an das

türkische Regime Unsummen zur Flüchtlingshilfe gezahlt. Eingedenk der Tatsache, dass die militärische Intervention der Türkei nun gerade erst eine Fluchtbewegung großen Ausmaßes auslöst, eine Perversion."

Für das, was die SPD-Führung in Afrin mitzuverantworten hat ist zumindest - vom ethisch-moralischem Standpunkt her - eine Art "Wiedergutmachung" (Hilfe) nötig: Man könnte z.B. dem "Kurdischen Roten Halbmond Heyva sor a kurd" Geld bzw. Hilfsgüter zukommen lassen.

Werden Sie sich - zumindest "in der Rolle" eines Politikers" darum kümmern ?

Was schlagen Sie vor?

Sie wollen doch, dass es "gerecht zugeht".

4)

>

>Als Abgeordneter des Deutschen Bundestages ist es nicht

>meine Rolle, Strafanzeigen gegen die Staatsoberhäupter

>anderer Länder zu unterzeichnen.

>

Das sehen einige Mitglieder des Deutschen Bundestages anders (siehe Anfang der Anklageschrift).

Verglichen mit dem was der damalige Aussenminister und SPD-Mitglied Gabriel - unwidersprochen von der SPD-Führung - in Afrin alles an menschlichem Leid mitverursacht hat, ist die "Ablehnung des Einmarsches der Türkei" durch die SPD eine Verbalnote, eine Höflichkeitsfloskel, ein Wegschauen und eine Arbeitsteilung: die einen reden und beruhigen, die anderen liefern Waffen an die Türkei.

Wie verarbeiten Sie dies und wie gehen Sie damit um ?

5)

>

>An dieser Stelle auch der Hinweis, dass die von Ihnen

>beigefügte Anzeige auf den 26.06.2016 datiert ist,

>also aus einer Zeit stammt, in der ich noch kein

>Abgeordneter des Deutschen Bundestages war.>

>

Was hat das mit Ihrer Tätigkeit als MdB zu tun?

Um sich politisch in eine Sache einzumischen, muss man kein MdB sein.

mfg und in der Hoffnung auf einen Diskurs

Barner

Anhang 1: Anklage Erdogan

<http://kapitalismus-modell.de/gruenewaffen/anklageErdogan.pdf>

Anhang 2 Reisebericht von Dr. Michael Wilk

Rojava – nach der türkischen Invasion in Afrin

Ein Reisebericht

Facebook Twitter Google

Michael Wilk in Graswurzelrevolution

(22.06.2018)

Dr. Michael Wilk, Notarzt und Psychotherapeut, reist seit 2014 regelmäßig nach Rojava/Nordsyrien.

Er unterstützt dort den Kurdischen Roten Halbmond Heyva sor a kurd, der ein wesentliches Element der Gesundheitsversorgung in der Region darstellt.

Hsak betreibt Ambulanzen und Apotheken, unterstützt Krankenhäuser, versorgt die Bevölkerung in Kampfgebieten und stellt die medizinische Hilfe in Flüchtlingslagern sicher.

Bei seinem vorletzten Aufenthalt war Michael Wilk in Rakka, wo er als Notfallmediziner Verletzte versorgte und HelferInnen von Hsak ausbildete. Im März 2018 reiste er erneut in den Irak und Syrien.

Über das Sinjar-Gebiet, wo er die Hilfsorganisation Hoffnungsschimmer in medizinische Fragen bei der Unterstützung jesidischer Projekte beriet, fuhr er weiter nach Rojava und von hier mit einem Hilfskonvoi in die Region Afrin/Schahba.

Bagdad, Sinjar, März 2018

Nach sechsstündiger Fahrt von Bagdad über zum Teil zerstörte Straßen und nach dem Passieren unzähliger Kontrollpunkte, erreichen wir Mosul.

Zerbombte Häuser und Straßenzüge zeichnen die vormalige Millionenstadt.

Zwei weitere Stunden bis Khanasur.

Früher lebten hier 45.000 Menschen – bis zum 3. August 2014, als der IS über die Jesiden in der Region Schengal/Sinjar herfiel. Die Peschmerga, für die militärische Verteidigung im kurdischen Teil des Iraks zuständig, flohen und überließen die Menschen dem IS, der mordete, vergewaltigte und versklavte.

Heute leben in der Stadt nur noch 3.000 Menschen. Der Genozid an den Jesiden forderte abertausende Opfer, die Schätzungen der entführten und versklavten Frauen und Kinder belaufen sich auf über 10.000, viele Menschen überlebten nur, weil sie sich, ums nackte Leben rennend, in die nahen Berge retteten. Wir stoßen auf Menschen, deren Erzählungen mit erschreckender Deutlichkeit klarmachen, dass die erlittenen Ängste und Qualen, nicht mit der Befreiung vom IS endeten.

Syrische YPG- und türkische PKK-Einheiten vertrieben im Mai 2017 den IS, aber die seelischen Verletzungen blieben, ebenso wie die grauenhafte Ungewissheit über den Verbleib tausender Frauen und Kinder.

Beim Besuch der kleinen Klinik, betrieben von der regionalen Selbstverwaltung der jesidischen Kurden der Region, sprechen wir mit dem anwesenden gynäkologischen Kollegen und der Allgemeinärztin.

Über sechzig Kranke pro Tag suchen um Hilfe nach, die einzige öffentliche Anlaufstelle der Region ist mehr schlecht als recht ausgestattet.

Es existiert kein Röntgengerät, ebenso wenig wie ein OP, alle schwerer Erkrankten müssen über eineinhalb Stunden ins nächste Krankenhaus transportiert werden.

Eine psychologische Hilfe für die traumatisierten Menschen gibt es nicht, so die Ärztin.

Die KollegInnen und die Mitglieder der jesidischen Selbstverwaltung fühlen sich im Stich gelassen, vergessen von den Mächtigen der Politik.

Bagdad ist weit und toleriert gerade mal so die Selbstverwaltungsstrukturen, die sich an das Gesellschaftsmodell Rojavas in Nordsyrien anlehnen.

Um die Ausdehnung der jesidischen-kurdischen Autonomie zu begrenzen, verlegte die Regierung nach dem unrühmlichen Abzug der Peschmerga, schiitische Milizsoldaten in das Gebiet.

Von weiterer materieller Unterstützung jedoch keine Spur, Sinjar-Stadt, die ehemals größte Ansiedlung der Region, liegt zu großen Teilen in Trümmern.

Wir besuchen eine Schule, zerbrochene Fenster durch die der Wind pfeift, während sich frisch ausgebildete LehrerInnen um Unterricht bemühen.

Die Fahrt hinauf ins 1550 Meter hohe Gebirge führt uns vorbei an Gräbern der getöteten Kämpfer und Kämpferinnen, die den Rückzug der vor dem IS fliehenden Menschen deckten und anderen, die vor nicht mal einem Jahr die islamischen Fundamentalisten aus dem Gebiet vertrieben.

In den hochgelegenen Tälern stehen hunderte Zelte, in denen, unter den extremen Witterungsbedingungen leidend, Flüchtlinge auf eine ungewisse Zukunft sehen.

Die einzige Ärztin hier oben, arbeitet unentgeltlich in der kleinen, aus Containern bestehenden Station. Die Helferinnen und die Kollegin selbst, versuchen die marginale Ausstattung durch Enthusiasmus und Durchhaltevermögen wettzumachen.

Die Menschen, vor allem Frauen mit kleinen Kindern, stehen geduldig Schlange, bis sie behandelt werden. Auf dem Gipfel des Gebirges ein jesidisches Heiligtum, Zeugnis einer Jahrtausende alten Kultur, die unzähligen mörderischen Anfeindungen ausgesetzt,

um ihr Überleben kämpft. Nach den Attacken des IS, leben von den 600.000 Jesiden, die im Schengal lebten, um die 330.000 in Flüchtlingslagern, weitere 200.000 im Ausland, nur 120.000 leben noch vor Ort.

Immer wieder fahren wir an Dörfern vorbei, in denen niemand mehr lebt.

Bis zu 14.000 Menschen fielen dem Morden des IS zum Opfer, erzählt uns unser Begleiter Hassan.

Viele Orte können immer noch nicht betreten werden – die Minen, eine Hinterlassenschaft des IS, sind immer noch scharf und töten. Wir diskutieren lange darüber, wie das Prinzip der Nachhaltigkeit unter den hiesigen Umständen umsetzbar wäre.

Unterstützung von Ausbildung und Gesundheitshilfe sind der entscheidende Ansatz. Die Finanzierung eines weiteren Arztes für einen längeren Zeitraum wäre sinnvoll, flankiert von einer besseren Ausstattung der Klinik. Ebenso wäre eine Verbesserung der Schulausstattung hilfreich, auch mit zeitgemäßen Materialien. Beides nicht als Einmalhilfe, sondern im begleitenden Austausch von Informationen über Fort- oder auch Rückschritte im Entwicklungsprozess.

Erfolgreich Hilfe in dieses Gebiet zu bringen, ist unabdingbar an gute stabile Kontakte zu den Strukturen vor Ort geknüpft, soll sie nicht wie Wasser im Sand versickern.

Die Menschen, die uns begegnen, ihr Bemühen um Wiederaufbau, ihre trotz aller Widrigkeiten beeindruckender Durchhaltewillen, sind ein Moment der Hoffnung. Alle Gespräche, die wir führen, sind jedoch überschattet von den Nachrichten aus Afrin. Die türkischen Angriffe seit Januar dieses Jahres belasten die Menschen im Schengal in mehrfacher Hinsicht. Nicht nur die Verbundenheit zu ihren kurdischen und jesidischen Brüdern und Schwestern in Afrin ist es, sondern die als ganz konkrete Gefahr empfundene Möglichkeit, dass die Türkei auch ihr Gebiet attackieren könnte.

Sei es durch Bombardierungen von militärischen Stellungen der PKK, was nichts Neues wäre, oder auch durch militärische Interventionen am Boden.

Quamishlo – Rojava/Nordsyrien...

Nach der Grenzüberquerung und mehreren Stunden Weiterfahrt, befinde ich mich im Hauptquartier von Heyva sor a kurd in Quamishlo, der Hauptstadt des Gebietes Rojava.

Eigentlich hatte ich hier nur einen Zwischenstopp eingeplant.

Die ursprüngliche Absicht von hier aus bis nach Afrin weiter zu reisen, um die vor Ort befindlichen Kräfte vom kurdischen Halbmond zu unterstützen, war jedoch unmöglich geworden.

Die türkische Armee und ihre fundamental-islamistischen Hilfstruppen hatten Afrin-Stadt gestürmt, hunderttausende Menschen sind auf der Flucht. Mit Beginn der türkischen Offensive am 20. Januar 2018, entsandte Hsak aus Cesire, dem östlichen gelegenen Kanton Rojavas, mehrere Rettungswagen mit Besatzung nach Afrin, um die dort tätigen Rettungskräfte zu verstärken.

Cemila Heme, Co-Vorsitzende von Heyva Sor, die bei dieser Mission dabei war, trifft am selben Abend wie ich in Quamishlo ein. Die Erschöpfung ist ihr anzusehen, sie berichtet über andauernden Beschuss und Bombardierungen durch die türkische Luftwaffe. Sie schildert die Situation der letzten Tage in Afrin-Stadt, kurz bevor die türkische Armee einrückte.

Nach der Zerstörung der umliegenden Ortschaften

durch die vorrückende türkische Armee und ihre Hilfstruppen, befinden sich mehrere hunderttausend Menschen in der Stadt. Seit Tagen schlagen Bomben im Zentrum der Stadt ein, auch das Krankenhaus der Stadt wurde angegriffen und getroffen, so wurde u.a. die Apotheke der Klinik schwer beschädigt.

Zahlreiche Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, wurden getötet.

Schon vor dem forcierten Beschuss der Stadt starben um die 300 ZivilistInnen.

Die Zahl der Opfer stieg in den letzten Tagen durch den Beschuss der Innenstadt deutlich an, Leichen lägen in den Straßen. Viele Menschen wurden durch den Beschuss und die Bombardements in den Trümmern der zusammengestürzten Häusern begraben.

Auch HelferInnen und Verletzte wurden beschossen, ein verletztes Kind wurde vor den Augen der nahenden Retter von einer Bombe zerrissen. Hunderttausende Menschen sind dabei die Stadt zu verlassen,

die kurdischen Selbstverteidigungskräfte der YPG haben die BewohnerInnen über die Lautsprecher der Moscheen aufgefordert die Stadt zu verlassen.

Eine medizinische Versorgung ist nicht mehr gegeben, ebenso ist schon seit geraumer Zeit die Wasserversorgung der Stadt durch gezielte Unterbindung durch türkische Kräfte gestoppt.

Auch die Fluchtwege aus der Stadt liegen im Feuerbereich türkischer Waffen, Hilfstransporte wurden in den vergangenen Tagen unter Feuer genommen, auch Rettungswagen von Hsak.

Die Menschen fliehen unter schwierigsten Bedingungen, zudem ist es kalt und regnerisch.

Cemila Heme fürchtet um das Leben Tausender, die unter diesen Umständen Afrin verlassen, um sich in

Sicherheit zu bringen. Die meisten fliehen in die an Afrin angrenzende Region Schahba, die noch teilweise unter Kontrolle der kurdischen Selbstverteidigungseinheiten steht.

Weiter zu fliehen ist noch schwieriger. Da Afrin getrennt von den östlich gelegenen,

kurdisch kontrollierten Gebieten um Manbidsch (Minbij) und Kobane liegt, müssen Geflohene das Gebiet des Assad-Regimes durchqueren, wenn sie nicht sowieso die Flucht in die im Westen der Stadt gelegenen kurdischen Stadtviertel Aleppo antreten, in denen das Assad-Regime herrscht.

Cemila berichtet, dass die fliehenden und verängstigten Menschen von Assad-Truppen beim Betreten des Gebiets gezwungen werden Geld abzugeben, der Preis für ein Menschenleben beträgt ca. 1200 Dollar, ersatzweise auch Schmuck, wenn kein Geld vorhanden ist.

Cemila ist, obwohl sie fix und fertig ist, bereit ihre Erlebnisse vor der Kamera in Form eines Interviews wiederzugeben. Unter Tränen schildert sie ihre Eindrücke und entschuldigt sich bei den unter den Trümmern begrabenen Opfern dafür, sie nicht habe retten zu können. (1).

Während Heyva sor in aller Eile einen Hilfskonvoi zusammenstellte, arbeitete ich verzweifelt daran, Informationen nach Deutschland und an die internationale Presse durchzugeben.

Das Interview Cemilas, auf heute.de veröffentlicht, wurde zum Auftakt einer umfangreichen Informationskampagne.

Der Angriff der türkischen Armee auf Afrin am 20. Januar 2018, mit dem zynischen Namen „Operation Olivenzweig“, war die zweite großangelegte offene militärische Intervention der Regierung Erdogan auf syrischem Boden.

Bereits im August 2016 rückte die türkische Armee in Syriens Norden ein und trieb einen Keil zwischen die kurdischen Kantone Afrin (Afrin) im Westen und Kobane. Der damalige Einmarsch richtete sich offiziell gegen den IS und gegen die YPG, die kurdischen Selbstverteidigungseinheiten. Vor allem jedoch, ging es mit der Euphrat Shield genannten Offensive darum, den Zusammenschluss des westlichen kurdischen Kantons Afrin mit den östlichen Gebieten um Kobane und die vom IS zurückeroberte Stadt Manbidsch zu verhindern.

Das Elend erreicht einen neuen Höhepunkt

Mit der Besetzung Afrins geht das Morden und Sterben weiter.

Rund 21 Millionen EinwohnerInnen lebten in Syrien, ca. 500.000 kamen ums Leben, ca. elf Millionen sind auf der Flucht, fünf Millionen davon im Ausland.

Der Angriff auf Afrin traf eine relativ ruhige Region des Bürgerkriegs.

In die von großer Mehrheit kurdisch bewohnte Region hatten sich viele Binnenflüchtlinge aus anderen Regionen Syriens gerettet.

Zudem lebte in Afrin eine größere Gruppe jesidischer Menschen, die sich hier sicher glaubten, bis der Angriff der Türkei mit fundamentalistischen Hilfstruppen erfolgte, die gerade diese Bevölkerungsgruppe in Angst und Schrecken versetzte.

Die Meldungen, die uns in Quamishlo aus der Region Afrin erreichten, waren schrecklich.

Hunderttausende seien in Bewegung, verfolgt von den Invasionstruppen, viele mit wenig mehr als dem was sie auf dem Leibe tragen.

Der in aller Eile zusammengestellte Hilfskonvoi umfasste ca. 40 schwere Lastwagen mit Hängern, mehrere Rettungswagen und eine rudimentäre mobile Klinik.

Die Lastwagen kamen aus Quamishlo, Kobane und anderen Orten, Treffpunkt war Manbidsch. Dort mussten wir über Nacht bleiben, bis alle eingetroffen waren. Hinter der Stadtgrenze beginnt das Herrschaftsgebiet des Assad-Regimes.

Genauer gesagt das Gebiet, das durch Assad-Truppen sowie russische und iranische Einheiten kontrolliert wird.

Es dauerte viele Stunden, bis der Konvoi die Genehmigungen der verschiedenen militärischen Instanzen erhielt, um überhaupt losfahren zu können, um kurz danach

weitere Stunden von syrischem Militär und auch russischen Soldaten kontrolliert zu werden.

Erst dann brachte uns eine Eskorte über schier endlos erscheinende Pisten und Straßen unter Umfahrung des türkisch besetzten Gebiets des Euphrat-Shields, an Aleppo vorbei, in die Nähe der Stadt Tal Rifad, Grenze Afrin-Gebiet, Schahba Region.

Über Nacht bis in den frühen Morgen des nächsten Tages wurden die Lastwagen entladen, die Rettungswagen brachen zu den Geflohenen auf.

Hier bestätigten sich für uns die Berichte, die wir zuvor gehört und weitergegeben hatten.

Tausende kampierten noch unter freiem Himmel, darunter viele Kinder und schwangere Frauen.

Es fehlte an allem, Nahrung, medizinischer Versorgung, Trinkwasser und auch an Möglichkeiten der Hygiene.

Viele Menschen hatten Häuser besetzt, die leer standen, weil ihre BewohnerInnen in den Jahren zuvor aus Kriegsgründen geflohen waren.

Diese Häuser fanden wir überbelegt vor, mehrere Familien teilten sich Wohnungen in bedrückender Enge.

Andernorts entstanden Zeltlager, die regionale Verwaltung planierte Flächen und baute mit allem, was verfügbar war, Unterkünfte.

In der Jahreszeit regnet es nicht selten und Nacht wird es empfindlich kalt.

Die Lage war extrem unübersichtlich. Zum Zeitpunkt unseres Eintreffens zeigten sich alle lokalen und regionalen kurdischen Strukturen in voller Aktion und solidarisch mit den eingetroffenen Menschen, aber total überlastet.

Das kleine Krankenhaus des Ortes Ahras z.B. war völlig überlaufen, Krankenschwestern, PflegerInnen

und ÄrztInnen des Afriner Krankenhauses waren hierher geflüchtet und bemühten sich um eine Reorganisierung.

Von internationaler Hilfe war zu diesem Zeitpunkt weit und breit nichts zu sehen, von wenigen Kräften des Internationalen Roten Kreuzes, die von Aleppo aus zu den Geflüchteten vorgedrungen waren, einmal abgesehen.

Erst Tage später, am 29. März, wird OCHA (Coordination of Humanitarian Affairs der vereinten Nationen) eine Zählung veröffentlichen, die eine Anzahl von 137.000 Menschen angibt, die allein in dieser Region auf Hilfe angewiesen sind.

Die Anzahl der insgesamt geflohenen, bzw. durch die türkische Invasion vertriebenen Menschen dürfte deutlich höher liegen.

Propagandaschlacht

Die Besetzung Afrins durch die türkische Armee und fundamental islamistische Hilfstruppen, wird durch eine Propagandaschlacht ungeheuren Ausmaßes flankiert.

Es wird gelogen, Falschinformationen werden gezielt verbreitet, mit dem Ziel, Erdogans Krieg als „sauberen Einsatz gegen Terroristen“ dastehen zu lassen.

Unter anderem wird behauptet, die Selbstverteidigungseinheiten der YPG hätten Fliehende daran gehindert die Region zu verlassen.

Bei der Befragung unterschiedlicher ZeugInnen wurde mir jedoch glaubhaft versichert, das Gegenteil sei der Fall gewesen.

Vielmehr seien die Menschen aufgefordert worden, dies zum Teil über Lautsprecher der Minarette, die Stadt zu verlassen. Dadurch konnte die Anzahl der Opfer reduziert und die völlige Zerstörung der Stadt vermieden werden.

Ebenso wird von Seiten der Aggressoren hartnäckig behauptet, es hätte keine oder kaum zivile Opfer gegeben.

Unzählige Dokumente bezeugen das Gegenteil.

Die Opfer wurden seit Beginn der Auseinandersetzung am 20. Januar zumeist namentlich erfasst und zum Beispiel durch den Kurdischen Roten Halbmond veröffentlicht.

Die Dokumentationen wurden mit der Aufforderung zur Hilfe international verbreitet. Erfolglos. Weder die internationale Staatengemeinschaft, noch die EU, ganz zu schweigen von der Bundesregierung, zeigten nennenswerte Reaktionen.

Zeitgleich erfolgten Waffenlieferungen an den Nato-partner Türkei, wurden an das türkische Regime Unsummen zur Flüchtlingshilfe gezahlt.

Eingedenk der Tatsache, dass die militärische Intervention der Türkei nun gerade erst eine Fluchtbewegung großen Ausmaßes auslöst, eine Perversion.

Diese Tatsache wurde jedoch noch an politischer Perfidie übertroffen, indem man diejenigen, die in Deutschland gegen den Terror auf die Straße gehen, kriminalisiert und drangsaliert, nur weil sie die Symbole der kurdischen Verbände öffentlich zeigen, die im Bündnis mit u.a. den USA den IS vertrieben (die GWR berichtete).

Nicht bei Regierungen, sondern bei Menschen...

Inzwischen spitzt sich die Lage in Afrin, in ganz Syrien, sowie in ganz Nahost auf allen Ebenen weiter zu.

Es mehren sich nicht nur Berichte und Fotodokumentationen von Plünderung der Dörfer Afrins durch die dschihadistischen Hilfstruppen der Türkei, sondern es gibt darüber hinaus Berichte von Entführungen durch die Besatzungstruppen.

Unter den Verschleppten seien auch sehr junge Mädchen.

Menschen, die nach Afrin zurückkehren wollten, hätten enorme Schwierigkeiten, würden drangsaliert.

Gleichzeitig wachsen die Hinweise auf eine geplante demographische Neuordnung der Region.

Die zuvor von kurdischen Menschen bewohnten Häuser, würden an andere, vornehmlich arabische und islamistische Familien vergeben.

Offen wird in der Türkei Afrin als Rückkehrraum für syrische Flüchtlinge gehandelt. Das dabei nicht dem Regime Erdogan kritisch gegenüberstehende kurdische Menschen gemeint sind, liegt auf der Hand.

Es geht um die Umstrukturierung und Umerziehung der Region Afrin, Filme zeigen Schulkinder mit türkischen Fahnen beim Appell.

Am 7. April wird ein mutmaßlicher Giftgaseinsatz in der Kleinstadt Duma in der Region Ost-Ghuta vermeldet.

Die Tatsache ob und in welchem Ausmaß Giftgas eingesetzt wurde, war von Anfang an umstritten.

Erst mit großer zeitlicher Verzögerung wird nun von Spezialkräften der Vereinten Nationen der Tatort untersucht.

Luftschläge gegen Assads Giftgas-Lager und Fabriken, so die genannten Ziele, erfolgten jedoch prompt und ohne allerdings besagte genaue Untersuchungen abzuwarten.

Trump bezeichnete Assad als Monster, Macron sah die Rote Linie überschritten.

Die USA, Frankreich und Großbritannien zeigten sich als selbst berufene Hüter der politischen Moral gegenüber dem Assad-Regime.

Das alt-bekanntes imperialistisches Gebaren. Russland spricht von Inszenierung, das Assad-Regime sah sich als unschuldig Opfer westlicher Aggression.

Die „Wahrheiten“ jeder Seite sind schnell erfunden und verbreitet.

Sie zu verifizieren ist keine Zeit. So wie die einen von Schuld sprechen und Raketen abschießen, sprechen sich andere von jeder Verantwortung frei.

Giftgas einzusetzen ist schlimmer als die Pest.

Da ist die Überlebenschance höher.

Giftgas wurde in Syrien und im Irak vielfach mit verheerender Wirkung eingesetzt. Laut UNO Untersuchungen wurde sowohl von Regime-Seite, als auch vom IS Giftgas verwendet.

Was diesmal geschah, bleibt zu untersuchen. Aber warum halten wir uns nicht an das, was wir wissen und was bekannt ist, wenn es um die Beurteilung von Regimen und Großmächten geht?

Afrin wurde mit Duldung von Russland durch die Türkei besetzt. Islamistisch-fundamentale Hilfstruppen rückten ein, ohne dass die westliche Welt dem NATO-Partner Türkei dies erschwerte.

Deutsche Waffenlieferungen wurden fortgesetzt, obwohl es sich offensichtlich um eine völkerrechtswidrige Aktion handelte.

Das Wohlwollen Russlands gegenüber der türkischen Intervention, hat zwei Gründe, die Kooperation mit dem NATO-Staat Türkei soll das westliche Militärbündnis schwächen und gleichzeitig weitere Deals mit der Türkei, die Einfluss auf die islamistisch-fundamentalistischen Verbände der sogenannten Freie Syrische Armee hat, ermöglichen.

Die Türkei unter Erdogan jonglierte erfolgreich zwischen Russland und ihren Nato-Verbündeten und sicherte sich die Zustimmung beider Seiten.

Russland, das zuvor den Luftraum über Afrin kontrollierte, ermöglichte durch seinen Rückzug Luftangriffe und Bombardements, die westlichen Staaten lieferten dazu die Waffen.

Was die deutsche Bundesregierung von sich gab, waren nicht nur Lippenbekenntnisse und Phrasen – sondern auch handfeste Lügen.

So gab es nie einen Stopp von militärischer Unterstützung. Waffenlieferungen im Wert von 4,4 Millionen seit dem Beginn des Krieges gegen Afrin bedeuten eine Mitschuld an der völkerrechtswidrigen Besetzung Afrins durch türkische und fundamentalistische Aggressoren.

Die politischen Vertreter und die Verantwortlichen der Politik wissen von diesen Tatsachen.

Sie zeigen jedoch die bekannte Ignoranz, Hemmungs- und Skrupellosigkeit.

Die Regierung und führende VertreterInnen der Parteien reden davon, Fluchtursachen bekämpfen zu wollen,– ihre reale Politik aber, bekämpft Menschen und treibt sie in die Flucht.

In Syrien werden die Claims abgesteckt

Russland, Iran und das Assad-Regime, die Türkei und der Westen parzellieren das Land.

Die türkische Aggression wäre nicht möglich ohne die Duldung und Unterstützung durch BRD und EU.

Es sind nicht nur Waffengeschäfte, es geht um Einflusszonen, ökonomische Interessen und militärischen Machterhalt.

Der Euphrat wird zur Grenze zwischen russischem/iranischen Machtbereich südlich des Stroms und nordamerikanisch/europäischer Einflusszone im Norden.

Die Türkei hält künftig als Regionalmacht ein beträchtliches Gebiet im Nord-Westen Syriens.

Die kurdische Bewegung wird dabei hemmungslos funktionalisiert.

Die jungen Frauen und Männer, die ihr Leben und Gesundheit gegen den IS opferten, haben ihren Zweck erfüllt.

Die Einheiten der kurdischen YPG/YPJ, die den IS effektiv bekämpfen und in diesem Zusammenhang als die wichtigsten Verbündeten des Westens gelobt werden, wurden verraten und im Stich gelassen.

Die Bevölkerung Afrins oder vielmehr ganz Rojavas, die praktizierte Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Ansätze von Basisdemokratie und

Selbstverwaltung, interessieren auf internationaler Ebene niemand, wenn sie nicht sogar als störend – aus Sicht der Kapitalgeber – bei der künftigen Unterstützung im Wiederaufbau gesehen werden. Aller politischen Absichtserklärungen „Fluchtursachen bekämpfen zu wollen“ zum Trotz, zivile Aufbauhilfe in nennenswerten Umfang hat es bis heute von internationaler, staatlicher Seite nirgendwo gegeben.

Trumps Politik verschärft die Lage

Aktuell verschärft Trumps einseitige Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran die Lage einmal mehr.

Dieser Schritt erfolgte auch unter dem Aspekt wachsenden Einflusses Irans in Syrien, wo iranische Einheiten und die vom Iran unterstützte schiitische Hisbollah-Miliz im Bündnis mit Russland und dem Assad-Regime kämpfen.

Syrien ist längst zum Schlachtfeld in einem Szenario geworden, bei dem sich autoritäre Strukturen in ihrer Bestialität zu überbieten suchen.

Entsprechend der Prämisse, dass sich in der (Außen)Politik eines Landes immer auch die eigene innere Struktur offenbart, zeigt sich ein bizarr-düsteres Bild der beteiligten Staaten.

Das autoritäre Assad-Regime, Russlands Pseudodemokratie, die Religionsautokratie Irans einerseits, die USA mit ihrer imperialistischen Strategie, und die europäischen Staaten mit ihren eigenen ökonomischen Absichten andererseits, ganz zu schweigen von der faschistoiden fundamental-islamischen Struktur des IS – es gibt schon lange keine gute und keine böse Seite mehr, es hat sie nie gegeben.

Es ging und geht um Herrschaftssicherheit und Machterweiterung.

Das ist einfach und schwierig zugleich, da emanzipative Bewegungen unter den gegebenen Umständen auf Bündnisse angewiesen sind.

Nichts zeigt die Komplexität und Widersprüchlichkeit mehr auf, als die Tatsache, dass die USA de facto die Lufthoheit über Rojava hat, und somit eine Garantenstellung gegenüber den Bedrohungen von türkischer oder auch Assad-Regime-Seite darstellt.

Das Beispiel Afrin zeigt wiederum, wie wenig berechenbar und verlässlich taktische bzw. strategische Bündnisse sind.

Die Menschen Rojavas sind sich der Schwierigkeiten und der Gefahr von Allianzen bewusst.

Angesichts der Bedrohungslagen haben sie jedoch manchmal kaum eine Wahl.

Diese Tatsache wird gerne von manchen (Zeit)genossInnen übersehen.

Für uns kann es nur darum gehen, nach emanzipatorischen Momenten und Ansätzen zu suchen.

Diese findet man nicht bei Regierungen, sondern bei Menschen!

Diese gilt es zu unterstützen.

Michael Wilk